

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fortwährender Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Streifenband besorgt für Deutschland, Ungarn, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 20.—, für das übrige Ausland M. 24.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 60

Die Jahrgangspostgebühren betragen bei dem Namen 6.— M., einschließlich Lieferungsverkostung. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigungskosten. Langfristige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eisenbahnreform und Beamtenräte

Wer während des Krieges mit angesehen hat, wie auf allen Schienensträngen Europas, vom Schwarzen Meer bis zum Kanal von Calais, von Riga bis zum Jonzo, deutsches Eisenbahnmateriale verkehrte, der sah das böse Ende dieses Zustandes voraus. Die ungeheure Abnutzung des Materials und der Menschen mußte der Krieg enden wie immer, die nachteiligsten Folgen für das deutsche Eisenbahnwesen nach dem Kriege haben. Als die sichere Katastrophe eingetreten war, als auf allen deutschen Eisenbahnen nur im kümmerlichen Umfange — als die Leistung der nur noch im kümmerlichen Umfange — als die Leistung der Arbeiter und Beamten infolge der vorausgegangenen übermäßigen Anspannung und Unterernährung zunächst von Stunde zu Stunde sank, — da waren am meisten die erstaunt, die den Krieg gewollt und geführt und als rühmliche Tat gefeiert hatten. Und als Heilmittel gegen den verkommenen Zustand des Eisenbahnwesens wußten sie jetzt nur durch ein mit erheblicher Lungenkraft, die Ueberzeugung ersetzen sollte, vorgetragenem Geschimpfe auf die „faulen Eisenbahner“ beizutragen.

Die verpönten Arbeiter und Beamten selbst waren es dagegen, die von vornherein den Weg andeuteten, der zur Gesundung des Verkehrswesens und zur Hervorbringung höherer Leistungen als selbst vor dem Kriege führen kann. Schon die erste Reichskonferenz der Eisenbahnarbeiter Deutschlands, die am 3. April 1919 in Frankfurt a. M. tagte, forderte die sinngemäße Anwendung des ersten Vorschlages der Sozialisierungskommission für die Kohlenwirtschaft auf die Eisenbahn, also die Umbauauftragstellung der Verwaltung und die Gestaltung der Betriebs- und Rechnungsführung nach kaufmännischen und modernen technischen Erfahrungen, wie man das heute nennt. In ähnlicher Weise wie der erste Kohlenbericht der Sozialisierungskommission forderte die Konferenz auch das Mitbestimmungsrecht von Eisenbahnarbeitern und Beamtenräten in Betrieb und Verwaltung. Die bald folgende Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnverbandes machte sich die Forderungen der Konferenz im wesentlichen zu eigen, und auch die in den Verbänden des Deutschen Beamtenbundes organisierten Eisenbahner haben inzwischen wiederholt ähnliche Anregungen gegeben. Auch unsere Reichstagsfraktion hat bereits im März dieses Jahres Anträge gestellt, die u. a. „eine Reform der gesamten Verwaltung nach modernen kaufmännischen und technisch-wirtschaftlichen Grundlagen“ fordern. Unser Genosse Breunig schilderte schon damals alle die Maßnahmen als unabwendbar, die gegenwärtig von der Öffentlichkeit und vor allem vom Reichsverkehrsministerium selbst als notwendig anerkannt werden.

Die Eisenbahnverwaltung läßt sich, wie gesagt, erst jetzt veranlassen, den Weg zur Rationalisierung des Eisenbahnwesens zu gehen oder — wir wollen uns vorsichtig ausdrücken — vorzubereiten, und ohne den außenpolitischen Druck, der auch auf diesem Gebiete wirkt, wäre wohl auch jetzt noch nichts geschehen.

Dieser außenpolitische Druck in Verbindung mit dem unwürdigen Erpressungsversuch der Schwerindustrie hat die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit auf das Eisenbahnwesen und seine Reformbedürftigkeit gelenkt. Auch das Gutachten der Sozialisierungskommission, das wir in den letzten Tagen abgedruckt haben, ist ein Zeugnis der durch diese Einflüsse entstandenen Situation. Dieses Gutachten hat vor allem das Phantom zerstört, als sei dem Eisenbahnwesen zu helfen durch seine Auslieferung an die gierig ausgestreckten Krallen der Profitgier. Nicht minder bedeutsam sind indes die positiven Darlegungen des Gutachtens über die Maßnahmen zur Beseitigung des Defizits und über die Reorganisation der Eisenbahn.

Ihre gesetzliche Form soll diese Reorganisation erhalten durch das vom Reichsverkehrsministerium im Entwurf vorbereitete Reichseisenbahngesetz. So wenig auch über den Inhalt des Gesetzes bis jetzt bekannt ist, das eine ist doch zu erkennen, daß die im Entwurf vorgeschlagenen Maßnahmen die Befreiung des Eisenbahnwesens von bürokratischer und fiskalischer Enge nicht mit derselben Gründlichkeit erreichen würden, wie die in vielen wichtigen Punkten weitergehenden Anregungen der Sozialisierungskommission. Eine vom Reichsverkehrsministerium an die Presse gegebene Darstellung erklärt aber, der Entwurf zum Eisenbahngesetz lege die Grundzüge der Eisenbahnwirtschaft fest, „die sowohl zu deren finanzieller Gesundung und Erhaltung wie auch zur volkswirtschaftlichen Förderung des Verkehrs unerlässlich sind“. Eine derartige Festlegung darf nicht erfolgen, ohne daß alle Ergebnisse der Untersuchung der Sozialisierungskommission und noch manches andere Erfordernis, das sich bei einer erschöpfenden Behandlung des dem Eisenbahnwesen gestellten Problems ergibt, in das Gesetz hineingearbeitet werden.

An einer Stelle zeigen alle maßgebenden Äußerungen über die Frage nämlich eine Lücke, die von den Beamten

Die Streikkrise bei der Eisenbahn

Demonstrationen und Streikdrohung

Breslau, 23. Dezember.

Beamte, Angestellte und Arbeiter des Eisenbahndirektionsbezirks Breslau zogen heute nachmittag in einem etwa achttausend Personen umfassenden Zuge vor die Eisenbahndirektion und forderten einen sofort zahlbaren Vorschub von tausend Mark und sofortige Regelung der Ortsklasseneinteilung für alle Orte. Für den Fall der Ablehnung wurde sofortiger Ausstand angedroht. Es wurde eine dahingehende Entschlieung angenommen und der Reichsregierung und der Spitzenorganisation telegraphisch übermittelt. Im Anschluß an die Kundgebung fanden Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion statt.

Die Anzeichen dafür, daß die Erregung unter den Eisenbahnern, Arbeitern wie Beamten, aufs höchste gestiegen ist, mehrten sich. Unsere Warnungen an die Regierung, die wir gestern im Anschluß an die Mitteilung aus dem Bureau des Deutschen Eisenbahnverbandes ausgesprochen haben, müssen wir also heute mit schärferer Betonung wiederholen. Die Beamtenschaft, die sich in allen bisherigen Lohnbewegungen außerordentlich geduldig gezeigt hat, ist durch das Verhalten der Reichsregierung aufs äußerste gereizt. Der Brief des Herrn Hermes, der nicht nur als Ernährungsminister, sondern auch als Finanzminister ein Minister der Unterernährung ist, mußte wie eine Herausforderung wirken. Es zeugt von außerordentlich geringem taktischem Gefühl, daß die Reichsregierung dieser Haltung des Mannes ihre Zustimmung gegeben hat. Es zeugt vor allem davon, daß die Reichsregierung es immer noch nicht versteht, jene Umgestaltungsformen zu finden, die im Verkehr mit organisierten Unternehmern und gewerkschaftlichen Verbänden nun einmal notwendig sind, wenn es nicht zu kritischen Situationen kommen soll. Wenn die Ablehnung jeder Verhandlung durch die Unternehmer von den organisierten Arbeitern und Angestellten der privaten Industrie schon als äußerster Grad der Scharfmacherei gewertet wird, so ist ein gleiches Verhalten der Reichsregierung einfach unerlaubt. Wir wiederholen also: Die Reichsregierung hat den kritischen Zustand, der jetzt eingetreten ist, verschuldet, und es ist darum ihre Pflicht, einzulernen und sofort ernsthafte Verhandlungen einzubringen. Mit dauernd geführten unverbündlichen Besprechungen, wie sie nach dem folgenden Bericht auch gestern wieder stattgefunden haben, dürfte es nicht getan sein. Dazu ist das durch den schroffen Ton des Herrn Hermes hervorgerufene Mißtrauen zu groß.

und Arbeitern der Reichseisenbahnen besonders mißlich empfunden werden wird. Nirgends wird mit ausreichender Deutlichkeit gesagt, wie die Vertretungen der Arbeiter und Beamten in einem neuen Verwaltungssystem wirksam werden sollen.

Der Mehrheitsvorschlag der Sozialisierungskommission über die Kohlenwirtschaft, den wir schon einmal erwähnten, macht den Versuch, ein System von Arbeiterräten in den Aufbau des Kohlenwirtschaftskörpers einzugliedern. Der Paragraph 22 des Kohlengesetz-Entwurfs sagt vor allem, daß die Befugnisse dieses Arbeitervertretungskörpers, soweit sie über das Betriebsräte-Gesetz hinausgehen, durch Tarifvertrag festgelegt werden sollen. Und an anderer Stelle heißt es mit großer Zurückhaltung:

„Ohne den Bestrebungen der Arbeitnehmer auf eine weitere Entwicklung des wirtschaftlichen Rätebestandes voranzureifen, ist in unserem Vorschlag der Versuch gemacht, den im Bergbau gegebenen besonderen Bedürfnissen schon heute Rechnung zu tragen.“

Damit ist zweierlei gesagt. Erstens, daß die Befugnisse der Personalvertretungen in einem sozialisierten Betriebe weitergehen müssen, als die Befugnisse nach dem Betriebsrätegesetz. Das muß auch auf die Eisenbahn Anwendung finden, denn wir erwarten, daß die bevorstehende Umgestaltung des Eisenbahnwesens den Schritt von der fiskalisch-bürokratischen Verwaltung zur sozialisierten Wirtschaftswirtschaft zum mindesten ernsthaft vorbereiten wird. Wir werden jedenfalls dafür eintreten, daß die Eisenbahnreform diesen Charakter annimmt. Das ist aber nur möglich, wenn Arbeiter und Beamte mit eigener Verantwortlichkeit und entsprechenden Rechten korporativ in das Verwaltungs- und Betriebssystem eingestellt werden.

Die Äußerungen des Kohlenberichts belegen ferner, daß die Gestaltung der Rechte der Personalvertretungen möglichst elastisch gehalten werden müssen. Die Festlegung dieser Rechte durch Tarifvertrag bedeutet, daß ihre Formulierung der Einwirkung der Gewerkschaften unterworfen bleiben und daß ihre fortschreitende Entwicklung auf Grund gemachter Er-

Die Eisenbahner beim Reichsverkehrsminister

Am gestrigen Freitag nachmittag hat der Reichsverkehrsminister Groener, Vertreter der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter sowie des Deutschen Eisenbahner-Verbandes empfangen. Der Reichsverkehrsminister schilderte den Beauftragten der Organisationen nochmals, daß aus innen- und außenpolitischen Gründen die Regierung gezwungen gewesen sei, gegenüber den Forderungen der Beamten und Staatsarbeiter sich bei den Zugeständnissen auf den engsten Rahmen zu beschränken, und daß sie den Bedingen und den Angehörigen der Ortsklasse C bis E keine Beihilfen habe gewähren können. Von den Beamtenvertretern wurde dem Minister mitgeteilt, daß unter den Beamten und Arbeitern in den Eisenbahn-Direktionen Eisen und Galz eine besonders große Erregung herrsche, und daß möglicherweise bei der Stimmung der Arbeiter gerade dort Teilkaktionen nicht ausgeschlossen seien. Minister Groener erklärte hierauf, daß er dem Reichsanwalt sofort Mitteilung hierüber machen werde. Im weiteren Verlauf der Besprechung teilte Minister Groener dann mit, daß Anfang Januar ernannte Besprechungen über eine Teuerungssaktion für Beamte und Staatsarbeiter beginnen werde, und daß man im Rahmen dieser Verhandlungen auch die Regelung der jetzt gezahlten Vorschüsse grundlegend erörtern werde.

Unerhörte Verhandlungsführung

Die Telunion meldet: Die Eisenbahnverwaltung hat den Entwurf des Arbeitszeitgesetzes mit den Hauptvertretungskörpern des Personals unter Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern beraten. Dabei hatten sich je große Meinungsverschiedenheiten ergeben, daß die Verhandlungen sehr bald auf einen toten Punkt gelangten. Nunmehr hat die Verwaltung es abgelehnt, den Entwurf mit dem Personal weiter zu beraten, weil er bereits im Kabinett in Behandlung genommen sei und weil aus außenpolitischen Gründen und auch nach einem persönlichen Wunsch des Reichsanwalts die Beschleunigung der Behandlung des Entwurfs nahe liege. Hiergegen wird seitens des Hauptbeamtenrats und des Hauptbetriebsrats sowie auch seitens der Gewerkschaften Protest erhoben.

Wir können im Augenblick die Richtigkeit dieser Meldung nicht feststellen. Trifft sie in dem oben geschilderten Umfange zu, so muß gegen diese Art der Verhandlungsführung der entscheidendste Protest eingelegt werden. Die Unabwägung derart einschneidender Maßnahmen, wie die Veränderung der Arbeitszeit, ist gar nicht denkbar ohne die entscheidende Mitwirkung der beteiligten Arbeiter- und Beamtenschaft. Wir werden auf diese sehr ernste Angelegenheit zurückkommen, wenn die Äußerungen der in Frage kommenden Personal- und Gewerkschaftsvertreter vorliegen.

führungen möglich sein soll. Das hat zur Voraussetzung einen ständigen Verkehr der Verwaltungsinstanzen mit den Gewerkschaften im Sinne des modernen Tarifwesens, und es verbietet ein Beiseiteziehen der Organisationen, wie es zur Zeit noch immer von den Behörden beliebt wird. Im Falle der Reform des Eisenbahnwesens würden wir ein brüskes Verhalten der leitenden Stellen zu den Organisationen für besonders verwerflich halten. Es könnte ein Hemmschuh für die gesamte zukünftige Entwicklung des Eisenbahnwesens auf der auch vom Reichsverkehrsminister nunmehr betretenen Bahn werden, wenn man es unterlassen würde, die durch eine verantwortliche Mitbeteiligung des Personals an der Verwaltung gegebenen starken sittlichen und geistigen Kräfte der ferneren Entwicklung des Unternehmens dienstbar zu machen. Bei einem Betrieb, der, wie die Eisenbahn, so offensichtlich gesamtwirtschaftlichen Interessen ohne Eigennutz dienen soll, muß dieser Charakter auch dadurch zum Ausdruck kommen, daß Vertretungen des Personals als wesentliche Träger eines gemeinsamen wirtschaftlichen Bewußtseins mitbestimmend in Erscheinung treten. Das ist mit den ewigen und mit der Zeit langweiligen Ermahnungen zur Pflichttreue nicht getan.

Es ist auch nicht getan mit Beamtenausschüssen, wie sie in dem gegenwärtig im Reichstagsausschuß zur Beratung stehenden Gesetz über Beamtenvertretungen vorgesehen sind. Der Entwurf ist sofort nach seinem Erscheinen von den Beamten aller gewerkschaftlichen und politischen Richtungen von einiger Bedeutung abgelehnt worden. Und zwar vornehmlich darum, weil der Einfluß der Beamtenvertretungen auf das Dienstverhältnis beschränkt und jede wirksame Mitbeteiligung in der Verwaltung und Betriebsgestaltung ausschließt. Das Gesetz gibt den Ausschüssen zwar das Recht, Anregungen zu geben, um „den höchsten Grad der Arbeitsleistung und Verbilligung des Verkehrs oder des Betriebs herbeizuführen“. Aber es gibt ihnen keine Möglichkeit zur wirksamen Vertretung ihrer Anregungen und Forderungen. Mit einem

Wort: Der Entwurf läßt die Herrschaft der leitenden Beamten vollkommen unberührt.

Nun wissen wir allerdings, daß gerade die geplante kaufmännische wirtschaftliche Gestaltung des Eisenbahnwesens eine größere Freiheit der Initiative der leitenden Beamten zur Voraussetzung hat. Das Eisenbahnfinanzgesetz und das Gutachten der Sozialisierungskommission enthalten Anregungen, wie die Bewirtschaftung der Eisenbahnen zu beleben wäre durch die Einsetzung besonders befähigter Persönlichkeiten. Beide Dokumente sprechen dabei selbst vor einer Lockerung des herkömmlichen Beamtenanstellungsrechts nicht zurück, ein Vorgehen, mit dem wir durchaus einverstanden sind. Wir wissen daher auch, daß die Initiative leitender Persönlichkeiten nicht durch neue Instanzen mit betriebsdemokratischem Charakter gelähmt werden darf. Aber die Betriebsdemokratie muß nutzbar gemacht werden, um die Initiative der leitenden Beamten anzuregen und um die Wirkungen der Maßnahmen von leitender Stelle nach allen Seiten hin zu kontrollieren sowie um das Ergebnis einer solchen Kontrolle wiederum nach allen Seiten hin nutzbar zu machen. Das ist der Sinn der Eingliederung von Personalvertretungen in das Verwaltungssystem. Der Entwurf zu einem Gesetz über Beamtenvertretungen trägt dieser Anforderung in keiner Weise Rechnung.

Anregungen und Anträge zur Verbesserung des vorliegenden Entwurfs sind im Reichstag gegeben worden. Es kommt nun darauf an, daß dieses Gesetz in den Gesamtkomplex der Fragen, die die Reform der Eisenbahn betreffen, einbezogen wird. Die weitere Bearbeitung auch dieses Gesetzes muß unter den großen Gesichtspunkten erfolgen, die durch das Gutachten der Sozialisierungskommission in den Vordergrund gestellt worden sind, wenn die Umgestaltung des Eisenbahnbetriebes und der Verwaltung wirklich in großen Zügen und mit tiefer und nachhaltiger Wirkung erfolgen soll. Das Gutachten der Sozialisierungskommission hebt mit Recht die bedeutsame Position des Eisenbahnpersonals hervor, indem es betont, daß die Personalfrage bei einer Entstaatlichung der Eisenbahn die größten Schwierigkeiten machen würde, weil das Personal nicht verpflichtet ist, überzutreten, und weil umgekehrt alles nicht übernommene Personal dem Reiche zur Last fielen.

So ist es in der Tat. Die Treue des Personals und der Wille der Arbeiterklasse bilden die einzig wirksame Gegenwehr gegen die Raubgier des Kapitals, die sich auf einen reformierten und gut wirtschaftenden Eisenbahnbetrieb wohl noch heftiger stützen würde, als auf einen weniger rentablen. Wir erwarten, daß Regierung und Reichstag diesen Umstand bei der Umgestaltung des Eisenbahnwesens nicht übersehen. Die Beamten und Arbeiter sind wohl gewillt, an der wirtschaftlichen Belebung der Reichseisenbahnen mitzuwirken, sie sind aber nicht gewillt, ihren Einfluß auf die zukünftige Betriebsgestaltung und neue Verwaltungsform ausschalten zu lassen. Sie erheben ihre Forderungen aber nicht im eigennütigen Interesse, wie die Leute vom Reichsverband der Industrie, sondern im Namen und zum Nutzen der angehörigen Mehrheit der arbeitenden und konsumierenden Bevölkerung.

Die Reichsbahnen

Der belehrte Breitenbach

Das in jüngster Zeit sehr betriebsame Reichsverkehrsministerium beginnt soeben mit der Herausgabe einer Schriftenreihe „Die Reichsbahnen, Schriften und Mitteilungen aus dem Reichsverkehrsministerium“ (Verlag von Georg Stille). Aus dem vorliegenden 1. Heft ist als bemerkenswert hervorzuheben ein Artikel des Herrn von Breitenbach über die Reichseisenbahnen. Breitenbach war, wie allgemein bekannt ist, derjenige, der in der Öffentlichkeit zuerst und mit großem Nachdruck die Überführung des Reichseisenbahnbetriebes in Privatbesitz forderte. Es war bereits bekannt, daß er inzwischen zu einer anderen Auffassung gekommen ist, und er bestreitet es nun selbst in seinem Beitrag zu der vom Ministerium herausgegebenen Schrift. In seinem Artikel schreibt er darüber:

„Meine Stellungnahme zu dieser entscheidungsschweren Frage habe ich in der Presse zunächst dahin geäußert, daß eine beschleunigte, streng sachliche Prüfung unerlässlich, daß jede Lösung vorzuziehen sei, die bei Erhaltung des Reichsbetriebes die Abwendung der Fehlbeträge und die Vermeidung wie Tilgung des Anlagekapitals in den Bereich der Möglichkeit stelle — daß jedoch die Überführung in den Privatbetrieb nicht abgelehnt werden dürfe, wenn die Sanierung auf anderem Wege nicht zu erreichen wäre.“

Nach dem Verlauf der Verhandlungen in der Sozialisierungskommission habe ich mich auf den Standpunkt stellen können und müssen, daß die Überführung der Reichseisenbahnen in Privatbetrieb heute nicht erfolgen dürfe.“

In Wirklichkeit klang die ursprüngliche Forderung Breitenbachs nach Überführung der Bahnen in privaten Besitz in seiner ersten Äußerung im „Tag“, auf die er sich hier bezieht, im Ton viel härter, als in der von ihm in seinem neuen Artikel wiedergegebenen Umschreibung seines damaligen Standpunktes. Immerhin kann es nur als ehrenvoll gefehlt werden, wenn Breitenbach seinen Irrtum so offen eingesteht und die Änderung seiner Meinung nicht verschweigt. Vielleicht ist der Herr Staatsminister a. D. aber trotzdem in zukünftigen Fällen mit seinen Äußerungen vorsichtiger, denn sonst könnte ihm der Vorwurf der Leichtfertigkeit doch nicht erspart bleiben.

Verkehrseinschränkungen

Wolffs Bureau teilt mit: Der Rückstand, in den die deutsche Regierung mit den aufzuwachsenden Kohlenlieferungen an die Entente gekommen ist, beeinträchtigt naturgemäß die für den Inlandsverbrauch übrigbleibenden Kohlenmengen. Darunter wird auch die Reichseisenbahn zu leiden haben, da ihre Dienstkohlenversorgung unter den Bedarfsziffern bleibt. Wenn auch für den eigentlichen Weihnachtsverkehr eine Einschränkung des Personenverkehrs vermieden worden ist, so muß doch logisch nach Weihnachten eine Verminderung der dem Personenverkehr dienenden Züge eintreten, um möglichst viel Kohlen für den Güterverkehr übrig zu behalten. Es werden deshalb zunächst die sogenannten „Punktzüge“, das sind die in den Fahrplänen mit einem runden Zeichen versehenen Züge, nach näherer Bestimmung der einzelnen Eisenbahn-Generaldirektionen ausfallen. Die Bewältigung des Verkehrs, der übrigens erfahrungsgemäß nach den Festtagen zunächst abnimmt, wird dadurch nicht in Frage gestellt; die Reisenden werden aber eine engere Belegung der Züge zeitweilig in Kauf nehmen müssen.

Ein englischer Hungerkommissar für Rußland. Der aus den zahlreichen indischen Hungerstritten bekannte Sachverständige Sir Benjamin Robertson ist zum englischen Kommissar für die Hungerhilfe in Rußland ernannt worden. Er wird die Verhältnisse in den russischen Hungergebieten eingehend studieren und über seine Untersuchungen an das englische Rote Kreuz sowie an die englische Hungerhilfe für Rußland berichten. Robertson ist bereits nach Rußland abgereist.

Strafausschub für Jagow?

Jagow scheint der Meinung zu sein, daß verurteilte Hochverräter seines Grades und seiner hohen Abkunft anders behandelt werden müssen, als gewöhnliche. Diese Auffassung ist ihm durch das — mit Urteilen gegen Profetariet verglichen — milde Urteil vom Gericht bestätigt worden, und er verlangt nun, daß die Justizbehörden konsequent bleiben und ihn weiterhin ebenso nachsichtig behandeln. Darum verlangt er Strafausschub. In der Presse wird darüber folgendes gemeldet:

Herrn v. Jagow ist seine Verhaftung in Leipzig völlig überraschend gekommen. Er hat an seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Grünspach, ein Telegramm und einen Brief gerichtet, in dem er schreibt, daß sein ganzes Verhalten während der Voruntersuchung eine Bürgschaft dafür gewesen wäre, daß er nicht daran gedacht hätte, sich der Strafnachlieferung zu entziehen. Er bittet seinen Verteidiger, sich mit dem Reichsjustizminister in Verbindung zu setzen, um einen Strafausschub zur Regelung persönlicher Angelegenheiten zu erhalten. Eine Beschwerde ist, da das Reichsgerichtsurteil sofort Rechtskraft erlangt hat, nicht zulässig. Die von Jagow gestellte Kaution von 500 000 M. bezog sich nur auf die Verhinderung mit der Untersuchungshaft. Die Kaution ist daher jetzt frei geworden.

Die Bewilligung eines „Strafausschubes zur Regelung persönlicher Angelegenheiten“ würde merkwürdig ausfallen in einem Lande und zu einer Zeit, wo einem Manne wie Toller ein Urlaub zur Teilnahme an der Beerdigung seiner Mutter verweigert wird. Das war doch eine sehr dringende persönliche Angelegenheit. Strafausschub für Jagow würde nur den durch das Leipziger Urteil hervorgerufenen Eindruck verstärken, daß sich die Justiz bei ihrem Verhalten zu den angeklagten Kappisten nicht nur von Rechtsgrundlagen, sondern auch vom Wohlwollen für diese Leute und ihre Raste leiten läßt.

Ludendorff und der Rapp-Putsch

Zwischen dem Reichsjustizminister Radbruch und dem Oberreichsanwalt Ebermayer haben Besprechungen über das Ergebnis des Rapp-Prozesses stattgefunden. Dabei ist auch die Frage erörtert worden, ob gegen Ludendorff Anklage wegen Beteiligung am Hochverrat erhoben werden soll. Eine Entscheidung ist indes noch nicht getroffen worden. Der Reichsjustizminister hat den Oberreichsanwalt beauftragt, ihm noch einen schriftlichen Bericht zu erstatten.

Die gesamte unvoreingenommene Öffentlichkeit hat auch ohne diesen schriftlichen Bericht des Oberreichsanwalts die Überzeugung, daß Ludendorff in Leipzig nicht als Zeuge, sondern als Angeklagter hätte erscheinen müssen. Mit einer Erhebung der Anklage gegen Ludendorff würde die Justizbehörde diesem sicherlich sehr gesund und das richtige treffende Rechtsgefühl der Mehrheit der Bevölkerung nur entsprechen.

Feste Haltung der Börse

Die Aufwärtsbewegung der ausländischen Zahlungsmittel setzte sich gestern an der Börse fort. Da infolge der Feiertage eine fünfzügige Pause eintritt, zeigte die Spekulation nur geringe Neigung zu Geschäften. Die widersprechenden Nachrichten über die Stundung der im Januar und Februar fälligen Reparationsverpflichtungen bewirkten jedoch ein Steigen der ausländischen Devisen. Amlich wurde der Dollar mit 189 gegen 178 am Vortage notiert.

Die notleidende Landwirtschaft

Dem „Berliner Tageblatt“ geht ein Bericht über die Geschäftslage der Lederzweckindustrie in, in dem sich folgende interessante Sätze befinden:

„Auch der Bauer, und wenn sein Besitz gar nicht groß ist, hat danach gestrebt, landwirtschaftliche Maschinen in Betrieb zu nehmen. Hier traten neben der Rentabilitätsfrage noch ganz andere Momente in den Vordergrund. Solange der Bauer keine Produkte mit gemünztem Gelde an den Mann bringen konnte, war die Vorliebe für die Anschaffung so teurer Maschinen weniger groß. Erst die Papierflut reiste in diesen Kreisen den Entschluß, lieber Maschinen mit dem nötigen Zubehör als Papier zu übernehmen. Es ist ganz gewaltig, welche Mengen Kleinrenten heute die Landwirtschaft absorbiert.“

Die Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen ist zweifellos vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus begrünwert. Denn die Verwendung von Maschinen fördert die landwirtschaftliche Erzeugung und die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen Lebensmitteln. Andererseits zeigt aber die Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Landwirtschaft in der Lage ist, sich aus seinen Papiermarktdrüsen in immer steigendem Umfang neue und kostspielige Maschinen zur Produktionsverbesserung und Produktionsverbesserung anzuschaffen, daß die Klagen aus landwirtschaftlichen Kreisen über zu geringe und hinter Preisverhältnissen zurückbleibende Verkaufspreise stark übertrieben sind.

Die Affäre Niederschönenfeld

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 23. Dezember.

Die bayerische Regierung hat ihre Denkschrift über die Fassung Niederschönenfeld fertiggestellt. Einen Untersuchungsausschuß hat der bayerische Landtag noch nicht eingesetzt. Das läßt kein schlechtes Gewissen nicht zu. Dagegen beginnt die bayerische „Staatszeitung“ heute mit tendenziösen Auszügen aus der Regierungsdienstschrift, mit welcher der Verleumdungsdelikt, der im Landtag gegen die politischen Gefangenen von der Regierung begonnen wurde, fortgesetzt wird; u. a. wurden Gedichte von Müßsam veröffentlicht, um die „Gesährlichkeit“ der Festungsgefangenen darzutun.

Ernst Franke

Der langjährige Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor Dr. Ernst Franke, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, ist am Freitag in der medizinischen Klinik in Freiburg (Breisgau) nach längerem Leiden im 70. Lebensjahre gestorben.

Professor Franke gehörte zu jenen bürgerlichen Gelehrten, die sich als Praktiker der Sozialpolitik und als Begründer eines sozialen Rechts einen Namen gemacht haben. Er war nicht Sozialist, stand aber an führender Stelle in jenen Kreisen, die das einseitige Scharfmachertum des größten Teiles der Unternehmer ablehnten und den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterbewegung viel Verständnis entgegenbrachten. Es sind das die Kreise, die sich nur allem um die Gesellschaft für soziale Reform gruppieren, in der Franke ebenfalls zu den bestgeschätzten Mitarbeitern zählte. Den Auffassungen seiner Schrift, der „Sozialen Praxis“, haben wir oft widersprechen

müssen. Der Irrtum dieser Richtung besteht vornehmlich darin, daß sie ihre wissenschaftliche und praktisch anregende Wirksamkeit auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung verquiden mit der Absicht, die Klassengegensätze zu verwischen. Befangen in dem Glauben, daß durch sozialpolitische Maßnahmen die Hebung der Lage der Arbeiter und Angestellten bis zu einem Ausgleiche der sozialen Gegensätze möglich ist, müssen diese Männer und Frauen, die Franke zu ihren Jüngern zählten, politisch im Widerspruch zu uns stehen. Das hindert uns nicht, anzuerkennen, daß die 30 Jahrgänge der „Sozialen Praxis“ für jeden Sozialpolitiker eine reiche Fundgrube des Wissens und ein Quell von Anregungen stets gewesen sind. Auch wir sagen gern, daß das Lebenswerk Franke ein Leben fruchtbarer Arbeit war — auch für die Arbeiterklasse, wenn sie seine Leistung kritisch zu nutzen versteht.

Einheitliche Postordnung für das Reich

In seiner Donnerstagssitzung hat der Reichsrat eine vom Reichspostministerium vorgelegte neue Postordnung angenommen, die am 1. Januar in Kraft treten soll. Damit werden die Bestimmungen für den Reichspostverkehr, die bisher für die Postgebiete Bayerns, Württembergs und des übrigen Reiches noch verschieden waren, einheitlich geregelt. Gleichzeitig hat der Reichsrat eine Bestimmung angenommen, wonach die Ortsbriefgebühren für den Verkehr zwischen bestimmten Ortschaften, die räumlich zusammenhängen, eingeführt wird. Das kommt vor allem in Frage bei Verhältnissen, wie sie in Groß-Hamburg oder zwischen Mannheim und Ludwigshafen, Bremerhaven-Geestemünde usw. herrschen.

Mit dem 1. Januar kommenden Jahres treten auch die neuen Vorschriften über Auslandspostverkehr, wie sie der letzte Weltkongress in Madrid festgelegt hat, in Kraft.

Die Lage Deutschösterreichs

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Abgeordneten

Intel. Wien, 23. Dezember.

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte veröffentlicht anläßlich des Schlußes der diesjährigen Parlamentssession einen Aufruf, in dem erklärt wird, der Sozialdemokratischen Partei sei es gelungen, das Bürgerturn nach einem Jahre der Unfähigkeit vorwärts zu treiben. Die Vorstufe gegen die Politik der Unfähigkeit hätten dazu geführt, daß der sozialdemokratische Finanzplan immer mehr verwirklicht werde. Eine Reihe neuer Besitztümer sei eingeführt, während die Einkommensteuer für Arbeiter und Angestellte ermäßigt wurde. Trotz des Abbaus der staatlichen Lebensmittelzuschüsse sei der Reallohn der Arbeiter und Beamten und Angestellten ausreichend geschützt. Die Kinderversicherung sei durchgesetzt, die Freiheit des Devisenverkehrs aufgehoben und die Arbeiterversicherung vervollkommen sich immer mehr. Nicht nur die innere Situation, auch die äußere Lage Deutschösterreichs sei gebessert. Dies bräde sich dadurch aus, daß der Habsburger Putsch gänzlich gescheitert, das Burgenland besetzt sei und in den Siegerländern der Widerstand gegen die imperialistische Weltpolitik sich stärke.

Horthy amnestiert

Intel. Budapest, 23. Dezember.

Das Amtsblatt veröffentlicht ein Handschreiben Horthys an den Ministerpräsidenten Bethlen, nach dem auf alle seit dem Umsturz verübten revolutionären und kommunistischen Straftatungen ein Strafausschub gewährt wird, soweit die Strafe des Tods von fünf Jahren nicht übersteigt. Die Emigranten sind von der Amnestie ausgeschlossen. Ebenso ist in dem Schreiben von den Tausenden, die geringfügiger Vergehen wegen in den Konzentrationslagern interniert sind, keine Rede. Trotz der Ungünstigkeit dieser „Amnestie“ bemerkt der Erlaß, daß hiermit die Reihe der Amnestierungen abgeschlossen sei. Die Regierung sei nicht gewillt, die Amnestie zu einer ständigen Einrichtung der Justizpflege zu machen.

Diese Amnestie trägt ganz den Stempel Horthy'scher Willkür. Sie läßt alle die unberücksichtigt, die zu mehr als fünf Jahren Kerker verurteilt sind. Das sind gerade zum großen Teil die Revolutionäre und Sozialisten, die nicht wegen juristischer Verbrechen ins Zuchthaus gewandert sind, sondern die der wütende Haß der weißen Terrorbanden dorthin befördert hat. Und die vielen Tausende in den Internierungslagern, die unter den einschlechtesten Umständen leben und zumeist noch keinem ordentlichen Gerichtsverfahren unterworfen wurden, sie werden weiter mißhandelt und ausgehungert. Ein echt christliches Weihnachtsgefühl ist hier allerchristlichsten Regierung.

kleine Nachrichten

Die abgelieferte deutsche Handelsflotte restlos verkauft. Lord Inchaape, der den Verkauf der an England abgelieferten deutschen Handelsflotte leitet, gibt bekannt, daß bis auf einen einzigen Dampfer nunmehr sämtliche früheren deutschen Schiffe, an Zahl 465, verkauft worden sind. Der Gesamtloos aus den Schiffen beläuft sich auf rund 25 Millionen Pf.

In dem Rechtsstreit des Hauses Braunschweig-Vüneburg gegen den Braunschweigischen Staat wegen der Ansprüche des Hauses am Kammergut hat die Erste Zivilkammer des Landesgerichts vom Staatsministerium erhobenen Kompetenzkonflikt stattgegeben und die Angelegenheit vor den braunschweigischen Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten verwiesen.

Das polnische Militärdienstgesetz. Der Gesetzentwurf über die allgemeine Wehrpflicht, der durch den Kriegsminister Sorostowski eingereicht wird, sieht eine zweijährige Dienstzeit im stehenden Heere, eine Dienstzeit in der Reserve bis zum 40. Jahre und im Landsturm bis zum 50. Jahre vor. Die Militärdienstpflicht beginnt mit 21 Jahren, im Kriegesalle mit 19 Jahren. Alle im Gebiet der polnischen Republik wohnenden Personen, mit Ausnahme der ausländischen Staatsangehörigen, unterliegen der Heeresdienstpflicht.

Aus der Partei

Achtung, Delegierte zum Parteitag!

Das Komitee für die Unterbringung der Parteitagsdelegierten hat für ausreichend Privatwohnungen für die Delegierten Sorge getroffen.

Wir bitten nun, uns Namen und Wohnort der gewählten Delegierten rechtzeitig mitzuteilen, damit diejenigen Parteitagsdelegierten, die von uns die Vermittlung der Wohnung wünschen, eine solche zugewiesen erhalten, und damit der Wohnungsinhaber zeitlich verständigigt werden kann.

Bei der Anmeldung ist gleichzeitig anzugeben, ob auf Hotel oder Privatwohnung, Zimmer mit einem oder zwei Betten respektiert wird. Etwas Wünsche auf Zusammenwohnen mehrerer Delegierten werden soweit wie möglich berücksichtigt. Anmeldungen sind an das Bezirksparitätsekretariat Leipzig, Tauhaer Straße 19-21, 2. S. des Parteitagssekretärs Karl Schrörs, zu richten.

Bezirksleitung der U. S. P. Leipzig.

Wegen Ausstellung von Pressekarten muß man sich an die gleiche Adresse wenden.

Die ungarische Pest in Moskau

Unter diesem Titel ist soeben eine Schrift erschienen, die einen Einblick in das innere Leben der kommunistischen Internationale angehörender Parteien gestattet und einen der mächtigsten Führer in der Internationale, Bela Kun, charakterisiert. Da die Wiener „rote Fahne“ schon am letzten Sonntag das Erscheinen der Schrift angekündigt und gleichzeitig mitgeteilt hat, daß die österreichische kommunistische Partei in dieser Angelegenheit das Exekutivkomitee der dritten Internationale angerufen hat, ist kein Grund vorhanden, an der Stichhaltigkeit und Wahrheit dieser Schrift zu zweifeln.

Der Inhalt dieser Schrift, die von einem ungarischen Kommunisten verfaßt ist, der über viele Internas der Moskauer Internationale sehr gut unterrichtet zu sein scheint, ist eine verneinende Ankündigung gegen die Verschwörungsmethoden und die Korruption, die sich unter dem Deckmantel der dritten Internationale sowohl in Rußland wie in allen westeuropäischen Ländern breit machen. Unter Anführung genauer Daten wird hier berichtet, wie eine der Kreaturen Kuns, der sehr übel beleumundete ungarische Kommunist Bela Vago, im Auftrage Kuns große Mengen festsener Goldmünzen, die aus „Requisitionen“ stammten, nach Westeuropa brachte, um sie unter eine Reihe bestimmter Personen zu verteilen. Dieser Vorgang führte zu einer Untersuchung, die mit dem Ausschluß Vagos aus der kommunistischen Partei endete. Indessen wurde der Ausschluß auf Betreiben Kuns in Moskau rückgängig gemacht.

Um den Goldbandel zu vertuschen, begann nun Kun eine Kampagne innerhalb der ungarischen Partei, die darauf hinzielte, durch verschiedene unfaubere Manöver die Mehrheit für sich zu gewinnen. Diese Angelegenheit beschäftigte auch den Dritten Kongreß der Moskauer Internationale und führte zu einem vollständigen Siege Kuns und Konjorten.

„Die Frage, ob Kun vom russischen Proletariat zu Privatwecken Geld hehlen darf, war damit automatisch beantwortet, denn im Wesen handelte es sich ja ausschließlich um diese Frage. Die unerlässliche historische Perspektive lieferte hierzu gewohnheitsgemäß Genosse Radek.“

Bela Kun gehört dem Exekutivkomitee der Dritten Internationale und sogar dem engeren Bureau an, das die eigentliche Leitung der ganzen kommunistischen Weltbewegung in der Hand hält. Es ist bekannt, daß der Bela Kun der von Paul Levi gekennzeichnete „Turkfaner“ war, der den mitteldeutschen Puff verbrochen hat. Es ist ferner bekannt, daß ein anderer ungarischer Kommunist derselben allmächtigen Seite, Mathias Rakosi, der Bevollmächtigte Moskaus in Livorno war. Wie weit ihre Macht reicht und wie festgesetzt sie ist, darüber erzählt der Verfasser der erwähnten Broschüre sehr interessante Einzelheiten. Danach ruht die Organisation der Kuriers für Ost- und Mitteleuropa in den Händen Kuns und Konjorten. Der ganze Verbindungsdienst der Dritten Internationale mit den Donauländern ruht, mit wenigen Ausnahmen, in unmittelbarem Dienstverhältnis zu Kun. Der Weg nach Moskau ist für jeden Kommunisten aus diesen Ländern, der nicht zum Kun-Flügel gehört, durch eine undurchdringliche Stacheldrahtlinie versperrt. Von der Person Bela Kuns selbst liefert der kommunistische Verfasser folgende Charakteristika:

„Er erhebt die Korruption der herrschenden Klasse zu einem revolutionären Prinzip und anstatt die Korruption des Gegners als Waffe gegen denselben anzuwenden, korrumpiert er die Arbeiterklasse. Er wagt, wie die anderen wagen. Er verschwendet die Gelder des Proletariats genau so, wie es ein wasscher Krieger gewöhnlich tut. Er laßt sich für bare Kasse Revolutionäre und beläßt die so „Befreiten“ auf verantwortlichem Posten. Er beläßt seine Kampfgesossen, er lieferte sie den Helfern aus, er läßt sie, er leitet die Politik einer Arbeiterrepublik nach den Gesichtspunkten der eigenen körperlichen Sicherheit... Bela Kun hat die kommunistische Partei zuerst durch Herbeiziehung dunkler Elemente in fabelhaft kurzer Zeit korrumpiert und dann auseinandergejagt. Jeden Versuch, die Partei während der Räterepublik zu reorganisieren, hat er im Keime erstickt. Zwei ukrainische Genossen, die er beschuldigte, sich in dieser Richtung betätigt zu haben, ließ er in die Donau werfen...“

Es ist eine nichtendende Reihe der schwersten Anklagen gegen Bela Kun, der in den vergangenen Jahren einen so großen Einfluß auf die Geschichte des europäischen Proletariats ausgeübt hat, in der Schrift der ungarischen Kommunisten vorgenommen wird. Aber um Bela Kun allein handelt es sich hier nicht. Ohne die Hilfe und Macht der kommunistischen Internationale hätte er keine Schändlichkeiten nicht begehen können. Nicht nur die an sich ganz unbedeutende Person des ungarischen Abenteurers, sondern die ganze kommunistische Internationale liegt auf der Anklagebank. Gerade im Lichte der letzten Vorgänge zeigt es sich, wie recht Paul Levi hatte, als er in einem Flugblatt, das auf dem Jenauer Parteitag der K. P. D. zur Verteilung kam, schrieb:

„Es muß gesagt werden, daß die Politik des kleinen Bureaus leider alle Befürchtungen wahr gemacht hat, die in Westeuropa von den übelwollendsten Kritikern der kommunistischen Internationale geäußert worden sind. „Ist die Exekutive eine Bande gewissensloser Abenteurer?“ fragte Radek in Moskau mit der in häufiger Übung zum Einstudierten Entrüstung. Ja, das kleine Bureau ist es. Das mußte gesagt werden; denn nur aus dieser Erkenntnis heraus können die persönlichen und organisatorischen Folgen gezogen werden, die gezogen werden müssen, wenn die Internationale leben will.“

Die internationale Arbeiterklasse hat zum größten Teil diese Folgerungen bereits gezogen. Auch die übrigen Teile werden sich diesen Folgerungen anschließen müssen, wenn sie wollen, daß das jetzige Chaos überwunden und eine einheitliche mächtige Arbeiterinternationale geschaffen wird.

Moskau sagt den Bankrott an

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Stockholm gemeldet: „Am eine Spaltung in der französischen Gewerkschaftsbewegung zu verhindern, ist die Leitung der Moskauer Internationale an die 2. Internationale herangetreten und hat dieser entsprechende Verhandlungen vorgeschlagen. Die Amsterdamer Internationale hat diese Einladung angenommen. Die Tagung wird im Januar 1922 die Vertreter der beiden Internationales zu einer Besprechung vereinigen.“

Bestätigt sich diese Meldung, dann bedeutet dieser Schritt die völlige Kapitulation der Moskauer vor der Amsterdamer Internationale, die sie bisher stets als „Gelb“ beschimpft haben. Noch vor wenigen Monaten hat das Amsterdamer Bureau eine Aussprache mit der Roten Gewerkschaftsinternationale angeregt, als Antwort darauf aber einen so hochmütigen Brief des Sinowjew erhalten, der jede weitere Berührung der beiden Instanzen ausschloß. Nun

sind die Herren mit ihrem Latein zuende, und weiß sich dieser Bankrott des internationalen Kommunismus allenthalben deutlich zeigt, darum spricht sehr viel für die Richtigkeit der Stockholmer Meldung.

Die Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland

In Auswirkung der internationalen Konferenz, die am 4. Dezember in Berlin stattfand und Vertreter der verschiedensten Parteirichtungen und Hilfsorganisationen vereinigte, fand sich am Mittwoch, den 14. Dezember, in den Sophienhallen in Berlin eine Anzahl Vertreter verschiedener in Deutschland für die Hungerhilfe tätiger Organisationen zusammen. Darunter Vertreter vom Arbeiterhilfskomitee, vom Bund Neues Vaterland, Komitee Künstlerhilfe, Jüdisches Arbeiterhilfskomitee, Verein sozialistischer Ärzte, Deutsche Friedensgesellschaft, Deutsche Liga für Völkerverbund, Bund entschiedener Schulreformer, Union der Hand- und Kopfarbeiter, Hilfswerk der Wolgodeutschen u. a. Der Abend war einer unverbündlichen Aussprache über die Möglichkeiten der praktischen Fortführung der Hilfsaktion in Deutschland und einer technisch-organisatorischen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Hilfsorganisationen gewidmet.

In den mehrstündigen Verhandlungen kam erneut der einmütige und feste Wille aller auf der Sitzung vertretenen Organisationen zu einer Fortführung und Erweiterung der Hilfsaktion zum Ausdruck. Einstimmig wurde beschlossen, von allen Organisationen und Komitees das Möglichste zu tun, um dem Aufbruch der internationalen Konferenz die weitestgehende Verbreitung zu verschaffen.

Mit Recht wurde von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß trotz aller bisher geleisteten Aufklärungsarbeiten breite Massen der deutschen Bevölkerung noch ganz unklare Vorstellungen über Ursache, Umfang und die entsetzlichen Folgen der Hungertatastrophe haben. Von allen Seiten wurde deshalb begrüßt, daß die Rede des Professors Fridtjof Nansen, die er kurz vor seiner Abreise nach Moskau am 12. November vor der internationalen Konferenz des Arbeitsamtes beim Völkerverbund in Genf gehalten hat, in diesen Tagen im Druck erscheint und so breiteren Kreisen zugänglich wird. Auf eine Anregung des Herrn Schwarz, als Vertreter der Deutschen Liga für Völkerverbund, beschloß die Konferenz, gemeinsam an den Professor Nansen heranzutreten, um ihn, wenn möglich, bei einer Durchreise durch Deutschland zu einem Vortrag vor einem größeren Auditorium in Berlin zu gewinnen.

Im weiteren gaben alle Vertreter ihre Bereitwilligkeit und Zustimmung kund, um durch die ihnen zugängliche Presse und ihre Organisationen die zugunsten der Hungernden von den verschiedenen Organisationen arrangierten Veranstaltungen (Platausstellungen, Ausstellungen des Künstlerkomitees, Vorträge durch den Bund entschiedener Schulreformer usw.) gegenseitig nach besten Kräften zu unterstützen. Auf Anregung des Auslandskomitees soll demnächst eine größere Ausstellung russischer Kunst und russischer Künstler in Berlin stattfinden. Es wurde beschlossen, in der Organisation und Leitung ein Ausstellungskomitee zu gründen, das durch je einen Vertreter der heute in Deutschland für die Hungernden tätigen Organisationen gebildet wird.

Da im Verlaufe der Diskussion von den verschiedenen Seiten heftige Beschwerte über die mangelnde Unterstützung der Hilfsaktion durch die Regierungskreise, teilweise sogar über Hemmungen und Erschwerungen der Hilfsaktion durch polizeiliche Schikanen und Verbote erhoben wurden, beschloß die Konferenz, eine Delegation von einigen Mitarbeitern zu den zuständigen Regierungsstellen zu senden und schleunige Abhilfe zu fordern. Sollte dieser Schritt ohne Erfolg bleiben, will man sich an die Fraktionsvorstände der verschiedenen Parteien mit der Bitte um Eingreifen wenden.

Am Schluß der Konferenz wurde eingehend die Rolle Sowjet-Rußlands im allgemeinen Wirtschaftsprozess besprochen, und einstimmig von allen Seiten wurde erklärt, alle Möglichkeiten auszunutzen, um durch die politischen Parteien, durch die verschiedensten Organisationen, durch die öffentliche Meinung einen Druck auch auf die deutsche Regierung auszuüben, um eine reifliche Anerkennung der Sowjet-Regierung und eine Wiederaufnahme des uneingeschränkten Handels mit Sowjet-Rußland zu erreichen. Die lediglich als freie Aussprache geplante Konferenz hat durch mehrere einstimmig gefasste Beschlüsse, die ein engeres Zusammenarbeiten zwischen allen deutschen, in der Hilfsaktion tätigen Organisationen bezwecken, entscheidende Schritte zur Förderung und Vereinheitlichung der Hungerhilfsaktion getan.

Die Händler gegen die Genossenschaften

Bei der Beratung der Umsatzsteuer im Reichstagsausschuß war ein Antrag angenommen worden, der die Zentrals der Genossenschaften, wie auch die Genossenschaft selber, von einer bisher bestehenden doppelten Besteuerung befreit. Der Zusammenschluß der Verbraucher zu Genossenschaften, wie auch der Genossenschaften zu Zentralorganisationen geschieht ja unter anderem auch zu dem Zweck, überflüssige Zwischenglieder auszuschalten. Fast einstimmig billigte der Ausschuß den dem Antrage zugrunde liegenden Gedanken, daß bei dem Erwerb von Waren durch die Zentrals der Genossenschaften bzw. dem Erwerb bei den einzelnen Genossenschaften die Waren schon in den Besitz der Mitglieder übergegangen sind, so daß nur eine einmalige Heranziehung zur Umsatzsteuer erfolgen dürfte.

Gegen diesen Beschluß laufen nun die Händler Sturm. Obwohl er nur den Gründen steuerlicher Gerechtigkeit entspricht, behaupten sie, daß der Antrag den Einzelhandel vernichten würde und eine Sabotage der Umsatzsteuer darstelle. Diese Behauptungen sind absolut irrig. In Wirklichkeit will der Handel, wie früher, so auch jetzt, steuerliche Ausnahmerechte gegen die Genossenschaften. Es ist kein Zweifel, daß die Vertreter der sozialistischen Parteien sich diesen Absichten energisch widersetzen werden.

Kleine Justizreform

Erweiterung der Geldstrafe — Einschränkung der Freiheitsstrafen

Der Reichstag hat am 17. Dezember 1921 ein Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen beschlossen. Das Gesetz soll mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten. Für die Anwendung der neuen Vorschriften weist der preussische Justizminister Dr. am Jahnhoff auf folgende Gesichtspunkte hin:

Die Herabsetzung der Höchstbeträge der Geldstrafen und Ruhen auf den zehnjährigen Betrag der bisherigen Höhe bis zum Höchstbetrag von 100.000 M. bei Verbrechen und Vergehen bezieht sich nicht auf Ordnungsgeldstrafen und Zwangsstrafen.

Durch die dem Gericht verliehene Befugnis, die Nichtvollstreckung der Erlassfreisprüche anzuordnen, wird die Möglichkeit der bedingten Strafaussetzung nicht eingeschränkt. Auch wenn das Gericht die Nichtvollstreckung der Erlassfreisprüche angeordnet hat, kann die Vollstreckung der Geldstrafe bis zum Ablauf der Verjährungsfrist jederzeit wieder ausgenommen werden, sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten sich bessern. Die Staatsanwaltschaften werden darauf hingewiesen, darauf zu achten, daß in allen Fällen, in denen eine Geldstrafe in Frage kommen kann, schon im Vorverfahren die wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters (Einkommen, Vermögen, Beruf, Erwerbstätigkeit, Familienverhältnisse usw.) nach Möglichkeit ermittelt werden.

Soziale Rückständigkeit in Frankreich

Paris, 23. Dezember.

In der Kammer verlangte bei den gestrigen Beratungen der Interpellation über die Regelung der landwirtschaftlichen Arbeiten der Sozialist Comptore-Morel für die landwirtschaftlichen Arbeiter die gleichen Vorteile wie für die in der Stadt beschäftigten. Dagegen wandten sich andere Redner gegen die Genfer Beschlüsse und wiesen auf die Nachteile des Achtstundentages für die Landwirtschaft hin. Frankreich, das in Folge des Krieges größere Anstrengungen als die anderen Nationen machen müsse, müsse in diesem Punkte frei sein. Der Landwirtschaftsminister vertrat die Auffassung, daß Frankreich den Genfer Beschlüssen in der landwirtschaftlichen Frage nicht beitreten könne. Die Frage der Zuständigkeit oder Nichtzuständigkeit Genfs müsse vor ein Schiedsgericht gebracht werden. Die Regierung werde auf ihrer Haltung gegenüber dem Internationalen Bureau bestehen, das unklar gehandelt habe, indem es die Frage auf die Tagesordnung setzte.

Die Kammer lehnte darauf mit 498 gegen 23 Stimmen eine Tagesordnung Comptore-Morel auf Anerkennung der Zuständigkeit Genfs ab und sprach der Regierung mit 409 gegen 78 Stimmen das Vertrauen aus.

Mit diesem Beschluß hat die französische Kammer die Haltung, die ihre Delegierten auf der Internationalen Arbeitskonferenz, mit Ausnahme der Arbeitervertreter, eingenommen haben, gebilligt. In Genf waren es die französischen Regierungs- und Unternehmervereine, die sich mit aller Energie gegen die Erörterung der Arbeitsverhältnisse auf dem Lande wandten. Sie wurden schließlich überstimmt und mit knapper Mehrheit die grundlegenden Beschlüsse für die Industriearbeit auch auf die Landwirtschaft übertragen. Die ablehnende Haltung Frankreichs gegenüber den Beschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz beschränkt sich übrigens nicht allein auf die landwirtschaftlichen Fragen, auch in der französischen Industrie werden fortgesetzt Stimmen laut, die sich gegen die Konvention über den Achtstundentag richten. Man begründet diese mangelnde Geneigtheit zu sozialpolitischen Fortschritten mit der besonderen Lage Frankreichs, ohne in Rechnung zu stellen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit und die Beseitigung der technischen Hilfsmittel weit besser wirkende Mittel sind, um eine gesündere Produktion zu beleben oder die bestehende Basis der Produktion zu heben.

Darauf weist auch das Pariser Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ hin in seiner Abwehr gegen die Kampagne, die sowohl von der Parlamentstribüne aus wie in der kapitalistischen Presse gegen den Achtstundentag geführt wird. Es weist der französischen Industrie vor, daß sie die Zustände „nicht in ihrem Zusammenhang sehe“.

Die allgemeinen Kosten der französischen Industrie nehmen infolge der unwirtschaftlichen Art der Betriebsführung einen unverhältnismäßig großen Raum ein. Nicht das Gesetz über den Achtstundentag trage Schuld, daß eine erfolgreiche Konkurrenz auf dem nationalen wie auf dem internationalen Markt nicht möglich ist. Trotzdem die Löhne auf Grund der gesetzlichen Bestimmung die gleichen geblieben sind wie beim zehnstündigen Arbeitstag, spielen die wirklichen Herstellungskosten nicht die Hauptrolle. Was auf der Industrie heute lastet, sei die Vergangenheit, der Krieg mit seinen ruinösen finanziellen Folgen.

Der unabweisbare reaktionäre Einschlag der französischen Sozialpolitik ist sicher nicht zuletzt eine Folge der mangelnden Kraft der französischen Arbeiterbewegung. Gerade jetzt sind die Kommunisten wieder am Werk, um die durch innere Zerwürfnisse schon stark geschwächte C. G. T. auch organisatorisch auseinanderzureißen. Es tagt zurzeit in Paris ein Kongreß der sogenannten Minderheitsrichtung, der schon durch die Tatsache seiner Einberufung die Spaltung als vollendet angeht. So wird das Fehlen einer wirtschaftlich und politisch einflussreichen Arbeiterbewegung in Frankreich nicht nur für die äußere Politik dieses Landes, die so außerordentlich wichtig für die ganze fernere Entwicklung Europas und die Welt ist, als äußerst drückend empfunden, sondern auch die Lage der Arbeiter im Lande selbst kann unter diesen Bedingungen zu keinen nennenswerten Fortschritten kommen.

Vorstoß gegen Briand

Eine Interpellation des früheren Finanzministers Kloy

EE. Paris, 23. Dezember.

Der frühere Finanzminister Kloy hat an Briand ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Herr Ministerpräsident! Ich habe die Ehre, Ihnen meine Absicht bekanntzugeben. Sie bezüglich der Stellung Frankreichs in der Reparationspolitik zu interpellieren und von der Kammer in der heutigen Sitzung zu verlangen, daß sie sofort einen Zeitpunkt für die Beratung dieser Interpellation festsetze.“

Kloy hat sich auch persönlich zu Briand begeben und ihm seine Absicht bekanntgegeben, von der Kammer die Besprechung seiner Interpellation zu verlangen. Briand antwortete ihm, daß eine solche Interpellation zur Zeit nicht zugelassen werden könne, sie solle erst nach der Konferenz von Cannes stattfinden. Kloy beharrte jedoch auf seinem Verlangen, so daß sich die Kammer in ihrer morgigen Sitzung mit dieser Interpellation zu beschäftigen haben wird.

Ferner hat Kloy bereits eine Tagesordnung vorgelegt, durch die er, wenn seine Interpellation debattiert werden sollte, folgenden Beschluß anregen will: „Die Kammer rechnet darauf, daß die Regierung Frankreichs sofort ihren Vertreter aus der Reparationskommission abberufe. Die Kammer fordert, daß die Regierung zur Durchführung des Friedensvertrages darauf dringe, daß alle Aktionen Deutschlands, namentlich jene, welche zum Zinsendienst für die inneren Anleihen dienen, sofort zu Reparationszwecken verwendet werden. Die Kammer wünscht, die Gewissheit zu haben, daß das gesamte deutsche Steuersystem so abgeändert werde, daß die deutschen Steuern die gleiche Höhe erreichen wie in den Staaten, die in der Reparationskommission vertreten sind. Die Kammer geht zur Tagesordnung über.“

Da dieser Beschluß des Abgeordneten Kloy kein Vertrauensvotum für die Regierung enthält, wird sich diese gegen den Antrag aussprechen.

Ein preussisches Turbervillegesetz. Der Landesgesundheitsrat hat seine Beratungen über den Entwurf eines preussischen Turbervillegesetzes abgeschlossen. Das Wohlfahrtsministerium wird nunmehr den Gesetzentwurf fertigstellen und ihn möglichst bald dem Staatsministerium zur Beschlussfassung vorlegen.

Belgische erste Parlamentarierin. Die Gattin des Direktors des Brüsseler Theaters „La Monnaie“, Frau Spaak, ist in den belgischen Senat gewählt worden. Sie ist die erste Frau, die in das belgische Parlament eintritt.

Mehr Sauberkeit

Eine Mahnung an die Wirtschaftspartei.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung sitzen eine Reihe Stadtverordnete als Vertreter einer Mittelstands- und Hausbesitzerpartei, die sich Wirtschaftliche Vereinigung nennt. Die Vertreter dieser Partei treten, wenn es sich um die Interessen der durch sie vertretenen Berufsklassen handelt, sehr energisch hervor und nehmen für sich alle politischen Rechte in Anspruch. Um so mehr sollte diese Partei auch danach trachten, daß ihre Vertreter im Stadtparlament auch in ihrem privaten und geschäftlichen Dasein den Anforderungen entsprechen, die an eine im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit billig zu stellen sind.

Diesen Anforderungen scheint aber der Stadtverordnete Koeder, Fraktionsmitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung, der seines Zeichens Hotelbesitzer ist und auch im Provinzialverband des Deutschen Gastwirtsverbandes eine hervorragende Rolle spielt, nicht zu entsprechen. Von einer Angestellten, die bei ihm beschäftigt war, ist uns eine Erklärung über die Zustände in seinem Hotelbetrieb gemacht worden, die durch Zeugnis und Nachprüfung von durchaus vertrauenswürdiger Seite vollauf bestätigt worden ist.

Danach erhalten im Hotel „Schweriner Hof“ (Inhaber Koeder), Mittelstraße 15, die angestellten Zimmermädchen einen festen Monatslohn von 45 Mark und täglich für jedes Bett, das sie in Ordnung bringen, 50 Pfennig, für jedes vermietet gewesene Bett eine Mark. Für dieses fürstliche Gehalt müssen die Zimmermädchen eine tägliche Arbeit von 20 Stunden Dauer verrichten.

Als diese Mitteilung von der niedrigen Bezahlung und Ausbeutung der Gastwirtsangestellten durch den Mittelständler Koeder an die zuständige Gewerkschaftsorganisation gelangte, hat sich ein Vertreter dieser Organisation für eine Nacht als Gast in dem Hotel eingemietet, um sich von diesen Zuständen zu überzeugen. Er hat die Angaben der Angestellten nicht nur bestätigt gefunden, sondern er hat zugleich beobachten können, daß dieses Hotel „Schweriner Hof“ ein Asteigequartier ist. Die Zimmer werden stundenweise vermietet, jedesmal für 50 bis 60 Mark Miete. Danach versteht es also Herr Koeder recht gut, sein Publikum zu schröpfen, während er auf der anderen Seite sorgfältig verhindert, daß sein Gewinn etwa durch menschenswürdige Bezahlung der Angestellten zu sehr geschmälert wird.

In einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen hat die Wirtschaftliche Vereinigung einen Antrag eingebracht, um auf das Wohnungswesen hinzuwirken. Mit aller stillen Entrüstung ist durch Vertreter dieser Partei das Wohnungswesen geschildert worden und die Stadtverordneten der Wirtschaftlichen Vereinigung haben auch Herrn Kunze Beifall gezollt, als er sich gegen die Benutzung von Wohnräumen zu Absteigequartieren wandte. Es scheint uns nötig, daß die Wirtschaftliche Vereinigung danach trachtet, die Durchführung der von ihr aufgestellten Forderungen zunächst bei ihren eigenen Mitgliedern sicher zu stellen. Diese Vereinigung verliert jedes Recht, irgendwelche sozialen Forderungen zu erheben oder zu vertreten, solange eines ihrer an führender Stelle stehenden Mitglieder seine Angestellten berätigt, noch dazu in einem solchen Betribe.

Die Taktik der „Roten Fahne“

Im Anschluß an die letzte öffentliche Stadtverordnetenversammlung fand noch eine geheime Sitzung statt, in der es sich um den Verkauf der Gewerkschaft Bornsdorf, die der Stadt Neukölln gehörte, handelte. Wir werden über diese Angelegenheit noch berichten. Die Gelegenheit dieser Verhandlungen hat aber die „Rote Fahne“, die in einer Front mit dem Antisemitischen Knüppel-Kunze kämpft, zu einer ihrer journalistischen Uebungen entsprechenden Verleumdung benutzt. Sie verwendet das „Material“ Knüppel-Kunzes und bringt in ihrer gefälschten Morgennummer folgende Ausführungen:

Der einzige Weg

Roman von Paul Rebouz

Uebersetzt von Rudolf Fähr. Copyright 1921 bei Grellmann & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(30. Fortsetzung.)

Schon am nächsten Tage brachte er mir Aufstellungen, die er eigens für mich angefertigt hatte. All diese Ziffern erwiesen die ungeheure rasche Entwicklung Deutschlands vor dem Kriege, die jene Frankreichs weit überholte.

Als er mir diese niederdrückenden Ergebnisse zugänglich machte, dankte ich ihm höflich. Aber ich konnte nicht umhin, meinen schweren Sorgen durch die Frage Luft zu machen:

„Und was wird jetzt geschehen?“

Er antwortete traurig:

„Ach jetzt — Deutschland liegt für mindestens zehn Jahre darnieder. Das ist unsere Strafe. Unsere Erfolge haben uns großwahnsinnig gemacht. Wir planten Fortreiten, die eines Landes würdig waren, wie zum Beispiel, den Rhein in ein neues Bett zu leiten, damit seine Mündung auf deutschem Gebiet liege. Wir sind die Narren unseres Glücks. Jetzt sind wir im Unglück. Ewigen Ruhm gibt es nicht.“

Seine Worte überraschten mich. Ich war nicht auf solche Enttäuschung gefaßt. Welche Wut würde Frankreich in der gleichen Lage aufbringen! Und dann sprach er ein Wort, das Sie wütend gemacht hätte. Er sagte — nehmen Sie sich zusammen! — ganz ruhig:

„Wir sind nicht bestürzt.“

Und er führte aus:

„Bestürzt ist nur die Hoffnung des kaiserlichen Hofes, dauernd den Erdball zu beherrschen. So unglücklich das deutsche Volk jetzt auch ist, es wird nicht vom Erdboden verdrängt werden. Ein Siebzig-Millionen-Volk verliert nicht. Im Krieg hat es schwere Wunden erlitten. Der Waffenstillstand bedeutete den Anfang seiner Genesung. Glauben Sie mir, aus diesem Grunde, und nicht weil wir Militaristen sind, haben wir unsere heimkehrenden Soldaten mit Triumphbogen begrüßt.“

Ich konnte es kaum glauben und verhehlte meine Ungläubigkeit nicht.

Er antwortete mir, daß ein kleines Häuflein Värmacher für all das Uebel verantwortlich sei, das Deutschland angerichtet habe, und das man ihm zutraue.

„Wir haben“, sagte er, „unseren Amerikaner und Amerikaner haben, wie die Engländer und Amerikaner ihre Imperialisten, wie Italien seine Irredentisten, wie Rußland seine Panzslavisten hat. In allen Ländern erheben solche Leute ihr Geschrei. Im Ausland hält man sie für Vertreter der Allgemeinheit.“

Die dem Ausschuß vorliegenden Briefe der Bewerber zeigten aber das Gegenteil. Diese Briefe sind natürlich einem breiten Kreis von Personen zugänglich und auch verschiedenen Pressevertretern überhandt worden. In einem dieser Schreiben, in dem sich die Kauflustigen gegenseitig herunterreizen, um sich die fetten Beute, die vom Besitz der Stadt losgerissen wird, abzujagen, hehlt die Behauptung, daß dem Stadtrat Rabitz (USPD.) und dem Bürgermeister Scholz (SPD.) 65 000 Mark Provision versprochen worden sind.

Sowohl Genosse Rabitz als auch Bürgermeister Scholz teilen mit, daß zwischen ihnen und den Vermittlern der Käufer weder eine Provision vereinbart, noch von irgend einer Seite angeboten oder angenommen worden ist. Die Kommunisten sind gegen den Verkauf der Gewerkschaft Bornsdorf. Das ist ihre Sache und sie haben selbstverständlich das Recht, ihre Anschauung im Stadtparlament wie in ihrer Presse zu vertreten. Etwas anderes ist aber die Beurteilung der Methoden, mit denen sie das tun. Offenbar hat die Kampfgemeinschaft mit Knüppel-Kunze schon dazu geführt, daß sie sich derselben Methoden bedienen und unwahre Behauptungen ohne Kommentar wiedergeben. Es ist anzunehmen, daß diese Handlungsweise der „Roten Fahne“, die von Sachlichkeit wie von journalistischer Anständigkeit gleich weit entfernt ist, weitere Folgen haben wird.

Die entfesselte Ordnungsbefei

Wie uns mitgeteilt wird, kam es Donnerstagabend zu folgendem empörenden Zwischenfall: An der Ecke der Schweinmünder- und Demminer Straße hatten sich gegen zehn Uhr abends aus Anlaß eines kleinen Straßenauffalls — ein Auto hatte einen Laternenmast angefahren — eine aus harmlosen Neugierigen bestehende Ansammlung gebildet. Der Verkehr wurde nicht behindert, die Ruhe nicht gestört. Die Leute standen ruhig da, befaßten sich den Schaden und verfolgten interessiert die Verhandlungen zwischen dem Chauffeur und der Schupo, die in mehrfacher Ausfertigung auf der Bildfläche erschienen waren. Plötzlich forderte einer von den Schupo-Leuten die Anwesenden zum Auseinandergehen auf, und zwar mit den Worten: „Wer nicht sofort verschwindet, wird erschossen!“ Dabei machte er seinen Dienstrevolver schußfertig. Darauf hingewiesen, daß gar kein Grund vorliege, in dieser Weise gegen harmlose Passanten vorzugehen, wiederholte er seine Drohung noch einmal. Dabei berief er sich auf den Heineschen Schießertag und machte Miene, seine Drohungen wahr zu machen. Einige Zeugen begaben sich kurz darauf zum 31. Polizeirevier, um den Namen des Mannes festzustellen und ihn zur Anzeige zu bringen. Sie wurden von ihm selbst empfangen, er weigerte sich jedoch zunächst, seine Personalien anzugeben, und verstand sich erst dazu, als ein anderer Beamter intervenierte. Es handelt sich um den Oberwachmeister Ulrich, der in dieser Weise für Ruhe und Ordnung sorgt, wie er sie aufsaht. Wie alle Helden seines Schlages, will er es hinterher aber nicht wahrhaben, ja, er brachte es fertig, den auf dem Revier erschienenen Zeugen gegenüber glatt in Abrede zu stellen, daß er mit der Waffe gedroht hätte. Wir erwarten eine strenge Untersuchung des Falles. Die Namen der Zeugen sind uns bekannt.

Die Deputation für das Schulwesen teilt mit: Die Sammlungen des Vertehes und Hausmuseums sind besonders geeignet, den Schülern praktisches Wissen für die Vorkommnisse des Lebens zu übermitteln. Es ist daher nicht nur die Anordnung getroffen, daß gefährliche Gruppen von Kindern ein ermäßigtes Eintrittsgeld von 50 Pf. gewährt wird, sondern die Museumsleitung ist auch beauftragt, den Gruppen sachverständige Führer beizugeben, die auch die Modelle, an denen dies möglich ist, in Bewegung vorführen. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn das Museum auf den Besuch vorbereitet ist. Es wurde daher an die nachgelassene Ermäßigung des Eintrittsgeldes die Bedingung geknüpft, daß sie nur dann eintreten soll, wenn der Besuch der Schule unter Angabe der voraussichtlichen Zahl der Besucher, schriftlich so früh stattfindet, daß das Museum sich auf den Besuch einrichten oder, wenn an dem gewählten Tage bereits eine größere Zahl von zu führenden Gruppen angemeldet ist, einen anderen Besuchstag vorschlagen kann.

Ich unterbrach ihn. „Ob sie nun die Allgemeinheit vertreten oder nicht, auf jeden Fall haben sie ihren Anteil an der Verbreitung des Krieges in Deutschland und an der Brandstiftung in Europa.“

Ohne Empfindlichkeit antwortete er:

„Keineswegs. Alle Völker Europas waren zu reich geworden, daher zu ehrgeizig, zu stark gerüstet und zu kriegsbereit. Das deutsche Volk wollte den Krieg nicht. So dumm war es doch nicht! Alles stand bei ihm aufs beste, und was es noch wünschte, erhielt es durch die Macht der Tatsachen, denn die ganze Welt arbeitete für Deutschland und konnte es nicht entbehren. Der beste Beweis, daß wir nicht kriegerisch waren, ergibt sich aus der Schnelligkeit, mit der das Land für die Revolution gewonnen war. Man sagte uns nach, daß wir ganz und gar zu unserem Kaiser hielten und daß er uns bis ans Ende der Welt führen könnte. Nun sieht man, wie rasch er erledigt war. Sie leben ferner, wie schnell dieses Heer auseinandergefallen ist, das angeblich zum Schutz unseres Handels dienen sollte und ihn tatsächlich vernichtet hat. Deutschland denkt nur an eins: wieder arbeitsfähig zu werden.“

Ich fragte ihn, welche Sicherheit für die Dauer dieser Genesung er gebe. Er versetzte lebhaft:

„Vergessen Sie denn, daß wir die Revolution hatten? Den Offizieren wurden die Abzeichen abgerissen, sie wurden von den eigenen Soldaten gedemütigt, in München haben hunderttausend Menschen die verantwortliche Regierung verjagt; es war eine allgemeine Erhebung gegen den Krieg, in den es gekehrt worden war. Welches Volk in der ganzen Welt hat so viel getan? Den Krieg erneuern? Woher das Geld, woher die Menschen nehmen?“

Der Gedanke an die Unvernunft der modernen Kriege ließ ihn nicht los. Als scharfer Kopf und Mann der Zahlen kam er immer wieder darauf zurück.

Warum haben wir es nicht wie Holland und die Schweiz gemacht, wie diese kleinen glücklichen Länder, die sich nicht durch Kanonen absperrten! Man benutzt unsere Raschheit bei Ihnen als Schreckgespenst. Glauben Sie wirklich, daß wir einen Zustand zurücksehnen, der unseren Notenumlauf von fünf auf fünfundsiebzig Milliarden erhöht und das Gleichgewicht unseres Haushaltes — im Jahre 1919 hatten wir sieben Milliarden Einnahmen gegen fünfundsiebzig Milliarden Ausgaben — vernichtet hat? Das sind die Kriegsergebnisse... Schließlich für Sie wie für uns. In Deutschland versteht man zu rechnen. Der letzte Krieg und seine Folgen haben bei vernünftigen Leuten mehr gegen den

Die Spitzelzentrale der Metallindustriellen

Graphologie zur Hebung der Volksmoral

Die Spitzelzentrale der Berliner Metallindustriellen, genannt Eigentumschutz, führt einen besonderen Kampf „gegen die durch den Krieg erzeugte Demoralisation“. Sie ist dabei auf folgendes Mittel verfallen, alle bei den Metallindustriellen eingehenden Bewerbungen von Arbeitnehmern sollen durch Graphologen darauf geprüft werden, ob die Bewerber etwa schlechte Eigenschaften, wie Heuchelei, Oberflächlichkeit, Nervenkrankheit, Neigung zum Trunk, Wiberprungsgeist, Willensschwäche, Eitelkeit usw. leiden. Eingestellt werden sollen nur solche, deren Handschriftenprobe nicht auf die angegebenen Untugenden schließen lassen. Alle anderen werden nicht eingestellt. Da sie dadurch von jeder ehrlichen Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, müssen sie also stehen und kommen früher oder später ins Gefängnis, die anderen gehen an Hunger zu Grunde. Also auf einfache Weise ist das Moralproblem gelöst. Nur einen Fehler hat das System, es erfährt nur die Arbeitnehmer. Da aber bekanntlich die Demoralisation bei den Arbeitgebern umgekehrt größer ist, müßte man zweckmäßigerweise bei diesen zuerst anfangen. Wir hoffen, daß es nur dieses Hinweises bedarf, daß die Berliner Metallindustriellen ihre Mitglieder einer solchen Probe unterziehen. Falls die Methode einwandfrei ist und nach der Prüfung noch genügend Mitglieder in der Metallindustriellen-Vereinigung verbleiben, um diese weiterbestehen zu lassen, werden sie vielleicht uns von dem Resultat Mitteilung machen. Welleicht?

In Nr. 12 der Blätter für Rechtshilfe werden eine Anzahl Dokumente veröffentlicht, die auf das gesamte Treiben des „Eigentumschutzes“ ein recht bezeichnendes Licht werfen. Aus diesen Veröffentlichungen ersehen wir nicht nur eine volle Bestätigung unserer bisherigen Mitteilungen, sondern darüber hinaus erfahren wir, daß das System der „schwarzen Listen“ noch heute bei den Metallindustriellen allgemeine Anwendung findet. Wahrscheinlich aber auch nur zu dem Zweck, die durch den Krieg erzeugte Demoralisation zu beseitigen.

Zu der von uns in der Nr. 581 der „Freiheit“, in der gleichen Angelegenheit veröffentlichten Notiz haben wir vom Verband Berliner Metallindustrieller eine umfangreiche Berichtigung erhalten. Obwohl die Aufnahme derselben von uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes verlangt wurde, entsprach die eingehende Berichtigung keineswegs diesen Anforderungen. In der Berichtigung wird „behauptet“, daß sich irgendein Angestellter des Verbandes mit einer Bledmarke ausgewiesen oder als Kriminalbeamter ausgegeben habe, sei unzutreffend. Da der Leiter der Spitzelzentrale der Metallindustriellen dafür bezeugt ist, daß er jeden Arbeiter für einen Dieb hält, macht es einen sonderbaren Eindruck, wenn nun andererseits alle Angestellte dieser Spitzelzentrale einwandsfrei „arbeiten“ sollen. Sollte es den Herrschaften völlig unbekannt sein, daß sich für solche Zwecke nicht immer die brauchbarsten Menschen bereit finden? Insbesondere das System, nach dem dort gearbeitet wird, alles andere als einwandfrei ist? Für den Fall, daß diese Tatsache bestritten wird, sind wir gern bereit, vor Gericht die Beweise dafür anzutreten.

Ob die Metallindustriellen die berufenen Hüter des deutschen Wirtschafts- und Volkslebens sind, wie sie behaupten, wollen wir hier unerörtert lassen. Gegen die Behinderung von Diebstählen wird sicher niemand etwas einwenden wollen, wir zu allererst. Aber gegen die Belästigung des legitimen Handels und die Annäherung von amtlischen Funktionen durch die Angestellten der Spitzelzentrale wenden wir uns ganz energisch.

Ablehnung eines Gerichtshofes

Der bemerkenswerte Fall, daß seitens der Verteidigung ein ganzer Gerichtshof abgelehnt wird, ereignete sich in der Sitzung, die am 16. Dezember d. J. vor der 5. Strafkammer des Landgerichts II stattfand. Der Angeklagte war wegen Verleitung unzüchtiger Schriften vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Seine Vertretung war von der 5. Strafkammer des Landgerichts II Berlin verworfen worden. Auf die hiergegen von dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schweitzer eingelegte Revision hatte das Kammergericht das Urteil des Landgerichts aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen.

In dem nunmehrigen Termin gab Rechtsanwalt Dr. Schweitzer vor Eröffnung der Verhandlung zur Hauptsache die Erklärung ab,

Krieg gewirkt als hundert pazifistische Broschüren. Unsere vernünftigen alldeutschen Blätter wollen uns noch immer gegen Frankreich aufheben, indem sie behaupten, daß die Franzosen von Einverleibungen träumen. Unser Annexionsrausch ist jedenfalls verflungen, er hat uns zuviel Kahrenjammer verursacht. Die Einverleibung von Schleswig-Holstein und Elb-Lothringen hat keinem Deutschen auch nur einen Pfennig eingetragen. Und der Ehrgeiz, den die Kriegerkaste als unser Volksideal ansäht, hat uns doch zuviel gekostet, als daß wir uns nicht unsere Gedanken machen sollten...“

Wir sprachen von den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Diese Frage stimmte ihn traurig.

„Nach dem Waffenstillstand“, führte er aus, „glaubte Deutschland, es könne sich von dem schmachvollen Ab befreien, könne aufatmen, wieder leben. Wir wußten und wissen noch heute, daß wir dies nur mit Frankreichs Hilfe vermögen... Und was tut ihr? Trotz den Ratsschlägen Amerikas beharrt ihr auf einem Zustand, der uns zum Tode verurteilt und euch nichts nützt. Ihr befolgt jetzt eine Politik der Einkreisung, die eine Drohung für uns und nach dem Grundged der Gegenseitigkeit eine Gefahr für euch ist. Und was noch schöner ist: unserer armen jungen einflusslosen Sozialistenpartei habt ihr nicht etwa beigegeben, ihr habt ihr misstraut. Vermutlich fandet ihr, daß diese Revolutionäre nach Tuchten riechen. Die Reaktion hat aus diesem Irrtum Nutzen gezogen.“

Er wurde dann ganz weich:

„Ach, wüßten Sie doch, wie es in unserem Volke zugeht! Könnten Sie die hören, die ihren aufrichtigen Friedenswillen und ihr Arbeitsbedürfnis jeden Tag ausprechen, welcher Schritt zum Weltfrieden wäre getan! Statt dessen denkt ihr nur an Rüstungen, die ihr bei uns lediglich duldet, um einen Wall gegen den Bolschewismus aufzurichten, und ihr sprecht immer von der Notwendigkeit, eure Rüstungen zu vermehren, einzig um uns fürcht einzuschüßen. Unser Kriegsbudget weist eine Milliarde auf, das eure acht Milliarden. Rechtfertigen diese beiden Zahlen nicht den Värm unserer Rationalisten? Je mehr ihr suchen werdet, uns einzuschüßtern, um so mehr werden wir versuchen, euch zu schwächen. Und einmal wird der Tag kommen, an dem die Kräfte einander das Gleichgewicht halten. Dann wird man auf neue die wahnsinnige gegenseitige Heße erleben, die zum verhängnisvollen Endkampf führen wird. Weshalb versucht ihr nicht, anstatt daß ihr euch mit Kriegsfurcht beneidet, uns Vertrauen auf den Frieden einzuschüßen? Sie werden kommen, wie dankbar ganz Deutschland sein wird, wenn einmal den Alldeutschen die Wäuler gestopft sein werden.“

(Fortsetzung folgt.)

